

Enttäuschung über Abstimmung zum EU-Milchbericht

Substanzielle Änderungsanträge wurden bei Abstimmung im Agrarausschuss nicht aufgenommen

(Brüssel, 15.06.2015) Aus Sicht der Milcherzeuger war der 8. Juni ein Tag der Enttäuschung. Der Agrarausschuss des Europaparlaments hat mit der Abstimmung des Initiativberichts zur Milchpolitik ein Dokument mit wenig konstruktiven Lösungsansätzen hervorgebracht. Zwar hat der nordirische Berichterstatter James Nicholson in dem Papier die Probleme der zunehmend volatilen und nicht kostendeckenden Milchpreise richtig erkannt und auch effiziente Sicherheitsmaßnahmen gefordert. Wirksame Instrumente zur Problembehebung werden aber nicht genannt.

Das ist umso bedauerlicher, da viele Europaabgeordnete zahlreiche positive Änderungsanträge zuvor eingereicht hatten. Diese wurden aber letztlich nicht in den Bericht aufgenommen. Dazu gehören u.a. die Forderung nach einem Krisenprogramm, die Berücksichtigung der Produktionskosten bei den Verträgen zwischen Erzeuger und Verarbeiter und die Öffnung der Erzeugerorganisationen für Genossenschaftsmitglieder.

Im Kern setzt der Bericht auf wenig wirksame Konzepte wie Exportorientierung und die Bereitstellung von Investitionskrediten. „Es ist unverantwortlich, *gute Exportchancen* und die *neuen Märkte* als Allheilmittel zu propagieren und Investitionskapital als Lösung zu präsentieren“, so Romuald Schaber, Präsident des European Milk Board. „Die Abgeordneten des Agrarausschusses haben ganz klar eine Chance verpasst, nachhaltige Lösungen durchzusetzen, um dem derzeit in der Luft hängenden Milchmarkt einen stabilen Rahmen zu geben“, so Schaber weiter.

Was dem Bericht klar fehlt, ist die Forderung nach einem Krisenprogramm, das bei drohendem Preisverfall zum Einsatz kommt und stabilisierend in den Markt eingreift. Wie dringend die Einführung eines guten Krisenprogrammes ist, zeigt sich aktuell sehr deutlich. Seit Monaten schon befinden sich die Milchpreise in vielen europäischen Ländern in einer Abwärtsspirale. Die Schere zwischen Milchpreis und Produktionskosten wird immer größer.

Das Parlament hat noch die Möglichkeit diese starken Defizite zu beheben. Im Juli wird der Bericht dem gesamten Plenum zur Abstimmung vorgelegt. Dabei muss auch die Forderung nach einem Krisenmanagement Eingang in das Papier finden. Denn nur so nimmt das Parlament seine Verantwortung gegenüber den Verbrauchern und Produzenten in der EU ausreichend wahr.

Kontakte:

EMB-Präsident Romuald Schaber (DE): + 49 (0)160 352 4703

EMB-Pressestelle Regina Reiterer (DE, EN, FR): +32 (0)2 808 1935